

Intel

Großinvestition in Sachsen-Anhalt

Der amerikanische Chipkonzern baut zwei Standorte in Deutschland und Italien neu auf. Ein bestehendes Werk in Irland wird kräftig ausgeweitet.

Joachim Hofer München

Der amerikanische Chipkonzern Intel wird 17 Milliarden Euro in Magdeburg investieren und dort zwei neue Chipfabriken bauen, wie Vorstandschef Pat Gelsinger am Dienstag mitteilte. Das Handelsblatt hatte bereits am Montag über die Investition berichtet. In den Werken sollen 3000 Arbeitsplätze entstehen. Die Bauarbeiten sollen 2023 beginnen, den Beginn der Serienproduktion plant Intel vier Jahre später.

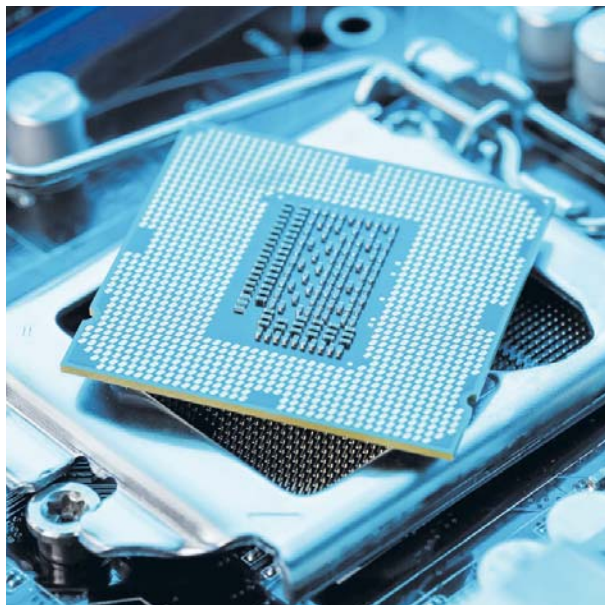
„Deutschland ist ein wunderbarer Standort“, lobte Gelsinger in einer virtuellen Präsentation des Vorhabens. Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Reiner Haseloff (CDU) unterstrich: „Das wird die größte Investition in der Geschichte von Sachsen-Anhalt sein.“

Darüber hinaus sollen zwölf Milliarden Euro in einen bereits bestehenden Standort in Irland fließen. Dort werde Intel bald verstärkt für andere Chiphersteller als Auftragsfertiger tätig sein, versprach Gelsinger.

Angesichts der gravierenden Lieferengpässe der Auftragsfertiger in Fernost ist das für europäische Halbleiterproduzenten wie Infineon sehr interessant. Sie könnten sich damit aus der Abhängigkeit von asiatischen Zulieferern lösen.

Gelsinger kündigte weitere Investitionen an: Intel befinde sich in Verhandlungen mit der italienischen Regierung über ein Werk für das Verpacken und Testen von Halbleitern. Es soll 4,5 Milliarden Euro kosten, dabei würden 1500 Jobs entstehen.

Außerdem plane Intel ein neues Forschungszentrum in Frankreich. Hier sollen 1000 Stellen entstehen, 450 davon bis Ende 2024. Frankreich soll in Zukunft die europäische Intel-



imago images/NAY Images

Halbleiter:
Die Politik stellt umfangreiche Subventionen bereit.

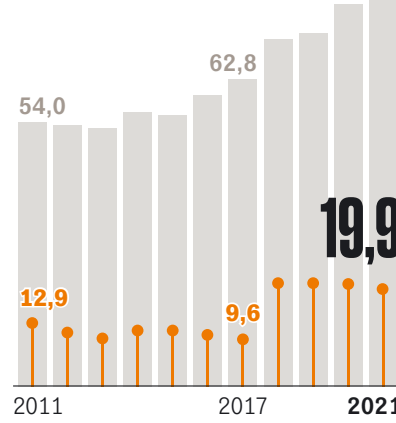
Zentrale für das Design von Chips für Hochleistungscomputer und Künstliche Intelligenz werden. Darüber hinaus wird Intel laut Gelsinger die Intel-Standorte in Danzig und Barcelona massiv ausbauen.

Die Milliarden aus Amerika sind EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hochwillkommen. Europa solle wieder eine Führungsposition in der Chipproduktion einnehmen, sagte sie am Dienstag auf der Intel-Veranstaltung. Ziel der EU ist es, den Anteil Europas an der weltweiten Halbleiterfertigung von unter zehn auf 20 Prozent zu steigern. Um das schon bis Ende des Jahrzehnts zu erreichen, hat die EU Anfang des laufenden Jahres den sogenannten „Chips Act“ vorgelegt, der 43 Milliarden Euro an Subventionen umfasst.

Auch Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) sieht das Engagement aus-

Intel: Stabile Gewinne

Umsatz und Nettogewinn von Intel in Mrd. US-Dollar



HANDELSBLATT Quellen: Bloomberg, Unternehmen

gesprächen positiv: „Deutschland begrüßt Intel und die umfangreichen Investitionen, die das Unternehmen plant, um 3000 Hightech-Arbeitsplätze und viele weitere in der Wertschöpfungskette zu schaffen.“

Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) schließt sich an und bewertet die Milliardeninvestition als wichtigen Impuls in schwierigen Zeiten. „Das zeigt: Deutschland ist attraktiv für Innovationen und Investitionen.“ Fördergelder seien bereits geplant und würden zur Verfügung stehen, sobald die EU-Kommission dafür grünes Licht gebe und die entsprechenden Haushaltsmittel zur Verfügung stünden. Einen konkreten Betrag nannte das Ministerium nicht.

Gelsinger hatte wiederholt eine Fördersumme von 30 bis 40 Prozent ins Gespräch gebracht, also zwischen fünf und sieben Milliarden Euro. Die-

se Größenordnung sei dem Intel-Vorstandschef zufolge nötig, um mit Ländern in Asien mithalten zu können.

Auch die Industrie setzt große Hoffnungen in Intel. „Vor allem die Mittelständler, die als Zulieferer direkt vor ihrer Haustür Intel beim Aufbau der Produktion unterstützen werden, sind die großen Gewinner“, teilte der Branchenverband Silicon Saxony mit. Das Investment werde dazu beitragen, die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Halbleiterindustrie auszubauen sowie die technologische Souveränität der EU nachhaltig zu stärken.

Die bundeseigene Agentur für das Standortmarketing, Germany Trade and Invest (GTAI), verspricht sich von Intels Engagement neuen Schub für Deutschland als Chipstandort. „Ich hoffe, dass von solch einer Investition eine gewisse Strahlkraft ausgeht“, sagte Max Milbredt. Der Manager ist bei GTAI für Halbleiter zuständig. Milbredt: „Es werden sich auch andere Firmen genau anschauen, was Intel da macht.“

Der Auftragsfertiger TSMC erwägt, ein Werk in Europa zu bauen. Zu Jahresbeginn teilten die Taiwaner mit, bis zu einer Entscheidung werde es aber noch dauern. Regionen, die sich schon um den neuen Intel-Standort bemüht hätten, der nun in Magdeburg entsteht, hätten auch in Zukunft eine Chance, meinte Milbredt. „Wir haben die geeigneten Standorte für künftige Projekte in der Hinterhand.“

So hatte sich unter anderem Bayern Hoffnungen gemacht. Auch das Silicon Saxony könnte zum Zug kommen, die Region Dresden also. In der sächsischen Landeshauptstadt waren die vorhandenen Flächen für Intel zu klein.

Public Corporate Governance

Öffentliche Unternehmen sollen krisenfest werden

Der Ukrainekrieg hat auch Konsequenzen für hiesige öffentliche Unternehmen. Versorger und Verkehrsbetriebe sollen nachhaltiger wirtschaften.

Düsseldorf. Der Ukrainekrieg und der drohende Importstopp von russischem Öl und Gas schüren Ängste vor kalten, dunklen Wohnungen im Winter. Das Bundeswirtschaftsministerium versichert zwar, dass die Energieversorgung nicht gefährdet sei. Dennoch drängt sich die Frage auf nach der Krisenresilienz und nachhaltigen Führung von Unternehmen in öffentlicher Hand – wie Stadtwerken, öffentlichen Verkehrs- und Reinigungsbetrieben.

Denn die Stadtwerke litten bereits vor Russlands Angriff auf die Ukraine unter stark gestiegenen Einkaufspreisen bei Gas und Strom. Als einige Energiediscounter in der Folge die Versorgung ihrer Kunden einstellten, fielen diese in die Ersatzversorgung. Viele der zuständigen Grundversorger erhöhten daraufhin teils drastisch die Preise, darunter auch einige Stadtwerke. Verbraucherschützer kritisierten das scharf.

In solchen Fällen soll der gerade aktualisierte Deutsche Corporate Governance Musterkodex (D-PCGM) für Unternehmen in öffentlicher Hand

Hilfestellung leisten. Ulf Papenfuß ist wissenschaftlicher Leiter der Expertenkommission, die den Musterkodex erarbeitet hat. Er fordert, diesen auf die Tagesordnung aller verantwortlichen politischen Organe zu setzen.

„Das Krisenmanagement im Kontext der Auswirkungen des Ukrainekriegs muss mit Nachhaltigkeitszielen verbunden werden“, sagt Papenfuß. Das sei im Hinblick auf kritische Infrastruktur, Versorgungssicherheit, Nachhaltigkeit und Vertrauen in den Staat unerlässlich. „Wir müssen uns als Gesellschaft in Kriegszeiten grundlegende Gedanken machen und dazu gehört auch die Frage, was öffentliche Unternehmen leisten sollen und leisten können“, sagt Papenfuß. „Wir brauchen öffentliche Unternehmen, die im Sinne unserer Demokratie und der Sozialen Marktwirtschaft für Versorgungssicherheit und leistungsfähige kritische Infrastruktur sorgen.“

Die Expertenkommission Public Corporate Governance hat den Musterkodex um das Thema Nachhaltigkeit ergänzt. Ökologische und soziale

Faktoren sollen künftig auch bei der Führung öffentlicher Unternehmen eine größere Rolle spielen. Damit folgt man dem „großen Vorbild“, dem für große Börsenunternehmen geltenden Deutschen Corporate Governance Kodex (DCGK). Den D-PCGM gibt es seit 2020. Der Deutsche Städtetag empfahl seinen Mitgliedern umgehend die Umsetzung des Regelwerks für öffentliche Unternehmen. Michael Ebling, Oberbürgermeister von Mainz, Präsidiumsmitglied des Deutschen Städtetags und Präsident

”

Das Krisenmanagement im Kontext der Auswirkungen des Ukrainekriegs muss mit Nachhaltigkeitszielen verbunden werden.

Ulf Papenfuß
Expertenkommission

des Verbands Kommunaler Unternehmen (VKU), sagte dem Handelsblatt damals, es müssten „gerade bei öffentlichen Unternehmen klare und nachvollziehbare Standards und Regeln gelten“.

Die Entwicklung zum Public Corporate Governance Kodex trieben vor allem Affären wie der schon sprichwörtlich gewordene Kölner Klüngel sowie der Trend zur Rekommunalisierung von Stadtwerken und Bildungseinrichtungen. Treiber für die Entwicklung des Musterkodexes waren daneben auch die in Vergleichsstudien festgestellten gravierenden Defizite in den damals 55 veröffentlichten Public Corporate Governance Kodizes und die Doppelarbeit, die in vielen Gebietskörperschaften gemacht wird.

Doch die Annahme des Musterkodexes verlief bisher schleppend. Nur einzelne Städte wie Dinslaken haben die Einführung im Stadtrat öffentlich beschlossen oder nehmen wie Flensburg in der Präambel ihres eigens entwickelten Kodexes Bezug auf den Musterkodex. Tanja Kewes